

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonnabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7 1/2 Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Expeditoren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Taubenstr. 27, 4 1/2 Sgr. Inserate die Zeile 3 Sgr.

Mit dem 1. April d. J. beginnt ein neues Abonnement auf die „Verfassung.“ Die Redaktion hofft, von ihren bisherigen Lesern das Zeugniß zu erhalten, daß sie nach besten Kräften bestrebt gewesen ist, das Ziel, welches sie sich vom Beginn des Blattes an gesetzt hatte, im Auge zu behalten. Treu demselben, wird unser Blatt auch fernerhin in volkstümlicher und leicht faßlicher Weise alle unser gesammtes Staatsleben berührenden Fragen im Sinne der entschieden liberalen Partei besprechen. Es wird von Berlin aus regelmäßig jeden Donnerstag Abend zur Post gegeben, so daß es auch in den entferntesten Gegenden unseres Vaterlandes am Sonnabend Abend in den Händen unserer Abonnenten sein kann. Sollte, trotz unseres Bemühens, in keiner Weise gegen eine gesetzliche Bestimmung zu fehlen, doch einmal durch eine Beschlagnahme unseres Blattes eine Unregelmäßigkeit in der Versendung eintreten, so werden, davon sind wir überzeugt, unsere Leser diese Unregelmäßigkeit uns nicht zur Last legen, sondern uns ihr Wohlwollen nach wie vor erhalten. Wir bitten unsere bisherigen Leser so wie unsere neuen Freunde, das Abonnement für das neue Quartal möglichst bald bei den Postanstalten anzumelden, da nur in diesem Falle die ununterbrochene Lieferung des Blattes gesichert ist und bei späteren Anmeldungen die vollständige Nachlieferung der erschienenen Nummern nicht versprochen werden kann. Im Hinblick auf die in diesem Jahre bevorstehenden Wahlen hoffen wir, daß unsere Freunde für eine recht rege Verbreitung unseres Blattes sorgen werden.

Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt bei allen preussischen Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den übrigen deutschen Postanstalten 7 1/2 Sgr.; in Berlin in der Expedition, Taubenstr. 27, 4 1/2 Sgr., bei sämtlichen Zeitungsexpeditoren 6 Sgr. Einzelne Nummern 6 Pf. Inserate, welche bei der großen Auflage des Blattes im ganzen Lande Verbreitung finden, die gespaltene Zeitspalt 3 Sgr., bei öfterer Wiederholung wird ein angemessener Rabatt bewilligt.

Ueber etwaige Unregelmäßigkeiten in der Zustellung unseres Blattes ersuchen wir, bei dem betreffenden Expeditur oder der betreffenden Postanstalt Beschwerde zu führen, da von hier aus unser Blatt regelmäßig versandt wird.

Die angeblichen guten Freunde der Minister.

Es besteht, wie schon so manchmal hervorgehoben ist, ein sehr erkennbarer Unterschied zwischen den Ministern und der reaktionären Partei, aber es ist sehr schlimm, daß die Minister keinen einzigen Freund im Lande haben, als nur diese so kleine und doch so gefährliche Partei.

Die Minister behandeln die Verfassung und die Gesetze des Landes in einer Weise, die wir für unrichtig und für schädlich halten. Sie wissen auch, daß der bei weitem größte Theil aller Wähler des Landes ganz derselben Meinung ist. Dennoch bleiben sie bei ihrer Ansicht, aber das Volk, so meinen sie, solle nicht bei seiner Ansicht bleiben. Durch die Amtsblätter lassen sie uns sagen: „Das Land selbst wird nun in den noch im

Kaufe dieses Jahres bevorstehenden Wahlen dafür zu sorgen haben, daß die künftige Landesvertretung im wirklichen Sinne und Geist der Verfassung die Hand dazu biete, in Gemeinschaft mit der Regierung das wahre Wohl des Landes zu fördern.“ Aber das Land weiß allein, „wofür es zu sorgen hat“; darnach wird es nicht erst noch die Amtsblätter fragen. Auch sind die Männer des Landes nicht solche Kinder, um über den „wirklichen Sinn und Geist der Verfassung“ sich gute Lehren aus den Amtsblättern zu holen. Und dann sollte die Regierung wohl wissen, aus welchem Grunde das preussische Volk so lange das Wahlrecht verlangt hat, bis es ihm im Jahre 1848 gegeben werden mußte. Es verlangte darnach, weil es nach Berlin Abgeordnete schicken wollte, die seine Meinung, die die Ueberzeugung des

Volkes von dem, was dem Lande Noth thut, bei der Regierung zur Geltung bringen sollten. Abgeordnete, die nicht auf uns hören, brauchen wir gar nicht. Dagegen gebrauchen wir Minister, die auf unsere Abgeordneten hören. Denn die Stimme der Abgeordneten ist die Stimme des Landes, und dem Lande, das unser Aller Vater und Mutter ist, sollen alle Bürger des Staates gehorchen, welche Stellung sie auch einnehmen. Abgeordnete, die erst von der Regierung sich sagen lassen, was für das Land gut ist, und welche Gesetze und wie viel Geld sie den Ministern bewilligen sollen, solche Abgeordnete braucht das Land nicht und will es auch nicht haben.

Wie die Minister von den Abgeordneten denken, das brauchen wir auch nicht erst aus den Amtsblättern zu lernen, das haben wir leider schon Jahre lang mit unseren eigenen Augen gesehen. Und wenn wir aus dem Vergangenen auf das Zukünftige schließen dürfen, so werden die Minister, wenn wir wiederum Abgeordnete nach unserem Sinne wählen, d. h. Abgeordnete, die „Sinn und Geist der Verfassung“ so verstehen, wie wir ihn verstehen, wieder so handeln, wie sie bisher gehandelt haben. Wie lange ihnen das gelingen wird, das ist eine andere Frage, denn die Minister sind Menschen, und Menschen sind vergänglich, aber der preussische Staat und das preussische Volk als Ganzes ist unvergänglich, und deshalb wird das Volk seine Ansicht zur Geltung bringen auf denjenigen Wegen, die durch die Verfassung und die Gesetze dieses Landes ihm gebahnt sind.

☞ Dabei müssen wir aber doch die Minister loben, daß sie diese friedlichen Wege nicht abschneiden wollen, denn die kleine Partei, welche sich für die Stütze des Ministeriums auszieht, will gar keine Wahlen mehr, am wenigsten nach dem verfassungsmäßigen Wahlgesetze, zu Stande kommen lassen. Manche von ihnen fordern geradezu, daß Verfassung und Gesetz in Preußen gar nichts mehr gelten, und daß in Preußen nur noch mit den Mitteln der Gewalt regiert werden soll. So haben vor einiger Zeit sogenannte „patriotische Vereine“ die Minister ermahnt, auch „den Bruch des formellen Rechtes“ nicht mehr zu scheuen; das heißt sie fordern, daß trotz aller Eide die Verfassung geradezu abgeschafft werden soll. Ferner behaupten die beiden vornehmsten Blätter der Reaktion, die Kreuzzeitung und die Berliner Revue, ganz feck, daß die Abgeordneten es sind, die durch ihre letzten Verfallsüße die Verfassung getrocknet hätten. Zwar hatten diese Blätter früher, wenn auch mit wissenschaftlicher Unwahrheit, gesagt, daß das Volk ganz und gar nicht mit dem übereinstimme, was die Abgeordneten sprächen und thäten. Jetzt aber paßt diese Lüge nicht mehr in ihren Kram. Jetzt sagen sie, das Volk muß dafür hüfen, was die Abgeordneten gethan haben. Wenn die Abgeordneten, so will es die Kreuzzeitung (No. 57) ihren Lesern weiß machen, die Verfassung gebrochen haben, dann kann sie auch von der Regierung nicht mehr gehalten werden. Die Regierung ist dann berechtigt, sagt die Berliner Revue in ihrem Heft vom 9. März (S. 292), die ganze Verfassung für aufgehoben zu erklären. Was sie dann zu thun habe, sagt

das angeblich preussische Blatt, das muß sie von den Französischen Gewalthabern lernen. Sie muß die Preußen behandeln, wie die Franzosen von ihren Kaisern behandelt worden sind. Sie muß ganz ohne Verfassung und ohne bindendes Gesetz, oder sie muß nach einer Verfassung regieren, die sie selbst nach ihrer Bequemlichkeit sich zurecht gemacht hat. Allenfalls, meint das Blatt, welches die Stirn hat, sich für ein preussisches auszugeben, allenfalls könnte man auch noch einen letzten Versuch machen. Man könnte ja noch ein Mal Wahlen veranstalten. Sollte das Volk dann wieder eben solche Abgeordnete wählen wie bisher, dann müsse man ihm erklären, daß es ein viel zu unreifes, viel zu ungebildetes Volk wäre, als daß man ihm noch länger seine jetzigen politischen Rechte lassen könnte. Man müsse uns dann unser Recht über den Kopf nehmen und uns regieren, wie nicht einmal die Russen mehr sich wollen regieren lassen.

Das jedoch ist von diesem Blatte noch nicht Hohn genug. Nein, es verböhnt uns sogar noch damit, daß wir nicht, wie seine guten Freunde wünschen, den Weg der Gewalt, sondern den Weg des Rechtes gehen. Die Preußen, sagen diese Menschen (S. 312), haben so viel Furcht vor der Armee, die doch aus ihren eigenen Söhnen und Brüdern besteht, daß man ihnen bieten kann, was kein anderes Volk in Europa sich von seiner Regierung bieten läßt. „Der Konflikt“, sagen sie wörtlich, „der Konflikt hat in Preußen schon längst diejenige Schärfe erlangt, daß in andern Ländern der Schlachtruf: „Zu den Barrikaden! Zu den Waffen!“ ertönt wäre.“

Doch das ist am Ende kein bloßer Hohn mehr, das ist schon Raerei. Diesen Raereien zu gefallen werden wir wahrhaftig den Boden des Rechtes und des Gesetzes nicht verlassen. Wir stehen fest auf demselben, und hoffen, auf ihm den Kampf zu Ende zu führen, unter dem augenblicklich unser Vaterland leidet.

Politische Wochenschau.

Preußen. In der abgelaufenen Woche fehlte es nicht an Gerüchten kriegerischer Natur, ohne daß man aber im allgemeinen denselben viel Glauben schenkt. Der Ministerpräsident Graf Bismarck hat zwar in einer Antwort an einige schleswig-holsteinische Standtröhren, welche wir unter Schleswig-Holstein mittheilen werden, ganz entschieden die Absichten der preussischen Regierung als auf eine Vereinigung der Herzogthümer mit Preußen hinausgehend, bezeichnet, aber man kann nicht recht daran glauben, daß eine Regierung, welche sich nicht in Uebereinstimmung wech mit der Majorität des Volkes und seiner Vertreter, einen Kampf beginnen wird, dessen Dimensionen in keiner Weise im Voraus zu überschauen sind. Um einen solchen Kampf mit einiger Aussicht auf Erfolg führen zu können, muß eine Regierung wissen, daß das Volk mit allen ihren Bestrebungen einverstanden ist, damit nicht im entscheidenden Momente die Vertreter des Volkes der Regierung die Mittel verweigern, den begonnenen Kampf fortzuführen, weil die Ziele des Ministeriums nicht die Ziele des Volkes sind.

Allerdings behaupten die konservativen Blätter mit großer Entschiedenheit, daß die Stimmung im Lande eine der Regie-

ung sehr günstige sei, aber sie müssen ganz besonders begabte Correspondenten im Lande haben, wenn diese wirklich solche Beobachtungen machen.

Wenn J. B. die Kreuzzeitung meldet, daß man allenthalben voll Dankes sei in Bezug auf die unerwartete und rasche Beendigung der nachstehenden Verhandlungen des Landtages, so gestehen wir ganz offen, daß wir von diesem Dankgefühl sehr wenig Spuren gefunden haben. Wir glauben, auch die Kreuzzeitung würde in Verlegenheit sein, wenn sie aufgefordert würde, die Beweise dafür beizubringen, daß man allenthalben der Ansicht sei, welche sie so ungenüt als die Ansicht des ganzen Landes hinstellt. So viel wir wissen, sind allenthalben die Mitglieder der Mehrheit des Abgeordnetenhauses von ihren Wählern mit den Beweisen der vollsten Uebereinstimmung mit ihrem Verhalten empfangen worden, und vergebens haben wir nach Nachrichten von einem gleichen Empfang der Mitglieder der Minorität des Abgeordnetenhauses gesucht.

Schon diese einfache Beobachtung könnte genügen, um die Unrichtigkeit jener Behauptung nachzuweisen, aber man könnte das Zutreffende jener Thatfachen mit allerhand Zweifeln angreifen und wir wollen daher aus unstreitbaren Thatfachen das Unrichtige jener Behauptung der Kreuzzeitung nachweisen. Wodurch wird die Regierung in diesem Augenblick am meisten genirt? Offenbar durch den Umstand, daß sie für die wichtigsten Schritte, die sie beabsichtigt, der Zustimmung der Landesvertretung nicht sicher ist, und daß es ihr nicht gelingt, das nach Art. 90. der Verfassung gebotene Gesetz über den Staatshaushalt zu Stande zu bringen.

Wäre nun jene Behauptung der Kreuzzeitung richtig, wäre man an allen Orten voll Dank, daß die Regierung den Verhandlungen des jetzigen Landtages ein Ende gemacht habe, so würde man, das ist wohl unstreitbar, im Lande mit dem Verhalten der Majorität des Abgeordnetenhauses nicht einverstanden sein. Daraus würde sich ganz naturgemäß ergeben, daß das Volk, wenn es zu Neuwahlen käme, die Mitglieder der bisherigen Majorität nicht wieder wählen würde, sondern daß es Leute wählen würde, welche in allen Punkten die Ansicht der Regierung, daß das Volk ja für ihr Verhalten gegen den Landtag dankbar sein soll, theilen. Da gäbe es ja für die Regierung kein einfacheres Mittel, um aus ihrer Verlegenheit zu kommen, als die Kammern auszulösen, und Neuwahlen auszusprechen. Wenn die Behauptung der Kreuzzeitung richtig wäre, so könnte es gar nicht anders sein, daß die dann gewählte Kammer in ihrer übergroßen Majorität allen Verlagen der Regierung zustimmen würde.

Warum greift die Regierung nicht zu diesem Mittel? Die Antwort auf diese Frage ist sehr einfach. Sie weiß, daß ein „*avot*“ Abgeordnetenhaus, „*für*“ ganz „*den*“ selben Sinne auszusprechen würde, wie das jetzt bestehende, weil das Volk in seiner überwiegenden Mehrheit das Verhalten der Majorität des jetzt geschlossenen Abgeordnetenhauses billigt. Einen besseren Beweis für die Unrichtigkeit jener eben angeführten Behauptung der Kreuzzeitung kann es nicht geben, als daß Andern der Regierung, zu einer Auflösung des Abgeordnetenhauses zu schreiben.

Das Ministerium hat den Schiffahrtsvertrag mit England, trotzdem derselbe wegen des Schlußes des Landtages noch nicht die Genehmigung der ersten Kammer erhalten hat, ratifizirt und in der Gesammmlung publicirt. Ein gleiches soll auch in Bezug auf den Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Italien bevorstehen, welcher weder von dem Abgeordnetenhaus, noch von dem Herrenhause kerathen und genehmigt worden ist. Wir kön-

nen nicht unterlassen, zu fragen, was geschehen würde, wenn der doch immerhin nicht als unmöglich von der Hand zu weisen Fall eintreten sollte, daß die Landesvertretung (gleichviel ob Abgeordnetenhaus oder Herrenhaus) bei ihrem neuen Zusammentritt ihre Genehmigung zu dem Vertrage verweigerte? Was würde England, was Italien, was würden die Mitkontrahenten im Zollverein thun? Wir würden uns nicht wundern, wenn einem oder dem andern dieser Staaten dieser Gedanke vor dem Ineintrreten des Vertrages kommen und er sich deshalb überlegen würde, ob er nicht auf eine vorhergehende Genehmigung durch die Landesvertretung dringen soll.

Ueber den in Köln jetzt in zweiter Instanz verhandelten Prozeß gegen Claffen-Koppelman wegen des Abgeordnetenfestes, welcher, wie die Verhandlungen in erster Instanz, mit dessen Freisprechung endeten, berichten wir in einem besonderen Artikel.

Beschieidentlich ist das Gerücht aufgetaucht, die Regierung wolle die Steintiefengruben an der Saar ganz oder theilweise an eine französische Gesellschaft verpachten, und betrachtet man diese Verpachtung als den ersten Schritt zu einer Abtretung dieses Gebietes an Frankreich. Diese Gerüchte werden jedoch offiziell als das bestmögliche als falsch bezeichnet.

Schleswig-Holstein. Es haben sich 20 Mitglieder des schleswig-holsteinischen Adels mit einer Adresse an den Ministerpräsidenten gewandt, in der sie eine Vereinigung der Herzogthümer mit Preußen fordern. Im Lande selbst hat diese Adresse sehr wenig Anklang gefunden, das Volk will von einer solchen Vereinigung nichts wissen, und deshalb müssen auch alle dahin gehende Bestrebungen schwinden, selbst wenn es der preussischen Regierung gelingen sollte, die Einwilligung des österreichischen Ministeriums zu einem solchen Schritte zu gewinnen. Die Antwort, welche der Ministerpräsident Hr. v. Bismarck den Unterzeichnern der Adresse erteilt hat, ist an den Gr. v. Koenigsmann gerichtet und lautet: „*Ex. Excellenz* und den Herren, welche mit Ihnen das Schreiben vom 23. Januar d. S. an mich gerichtet haben, danke ich im Auftrage des Königs, meines Allerhöchsten Herren, für das Vertrauen, welches Sie Allerhöchstdemselben durch den von Ihnen getharen Schritt bewiesen haben. *Se. Majestät* beklagt mit Ihnen, daß die Verhältnisse, welche der gegenwärtige Uebergangszustand mit sich bringt, durch die aufregende Thätigkeit einer Partei gesteigert werden, deren Ansprüche im Rechte nicht begründet und mit den Verträgen von Wien und Gastein nicht vereinbar sind. Die königliche Regierung hat sich bemüht, durch Verhandlungen mit der kais. österreichischen den durch jene Verträge geschaffenen Rechtszustand sicher zu stellen und jeder Beeinträchtigung des inneren Friedens d. r. Herzogthümer, jeder Gefährdung ihrer Zukunft vorzubeugen. Ich hoffe, daß die Erreichung dieses Zweckes der Wohlwille der Herren Anwesenden günzlich werde, in deren Hände der Wiener Friede die Entscheidung über die Zukunft Schleswig-Holsteins gelegt hat. Ich habe schon früher Gelegenheit gehabt, mich öffentlich darüber auszusprechen, daß unter den verschiedenen Formen, in welchen die Rechte Preußens und die Interessen Deutschlands in den Herzogthümern gewahrt werden können, die Vereinigung mit der preussischen Monarchie die für Schleswig-Holstein selbst vortheilhafteste sei. Das Ansehen, dessen die Namen der Herren Unterzeichner in Ihrer Heimath genießen, giebt der Thatfache, daß Sie mit mir diese Ueberzeugung theilen, ein erhöhtes Gewicht, und ermutigt die k. Regierung zu neuen Bestrebungen, die Zustimmung Oesterreichs zu dieser Lösung der schwebenden Frage zu gewinnen und so die preussischen, von der k. Regierung unter allen Umständen festzuhaltenden Ansprüche unter Bedingungen zu befriedigen,

welche gleichzeitig die Wiedereherstellung einheitlicher Verwaltung der Herzogthümer herbeiführen und ihre Wohlfahrt ebenso wie ihre Sicherheit verbürgen würden. Empfangen Vm. Excellenz auch bei dieser Gelegenheit die erneuten Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung."

Allerdings ist bei dieser Antwort zu berücksichtigen, daß man in Wien noch nicht die geringste Neigung zeigt, auf die preussischen Forderungen in dieser Beziehung einzugehen.

Hannover. Der König von Hannover hat einen neuen Orden gestiftet.

Hessen-Kassel. Der Kurfürst ist krank, so daß keine einzige Sache seine Unterschrift erlangen kann, und die Staatsmaschine scheint in Kurhessen für einige Zeit vollständig still zu stehen.

Oesterreich. Wie es heißt, wollen die Ungarn auf die Forderungen, welche der Kaiser in seiner Antwort auf die Adresse gestellt hat, nicht eingehen. Sie verlangen vor allen Dingen die Einlegung eines verantwortlichen Ministeriums, und dürfen sich dadurch die Unterhandlungen sehr verzögern. Inzwischen macht sich in den liberalen Kreisen Deutsch-Oesterreichs eine so große Neigung bemerkl, die Ungarn in ihren Bestrebungen zu unterstützen, weil man hofft, daß auch die Deutschen in Oesterreich konstitutionelle Freiheit erlangen werden, wenn erst die Freiheiten Ungarns gesichert sind. Möglich, daß sie sich nicht täuschen, aber sicherer wäre es nach unserer Ansicht, wenn sie selbst sich bemühen, die ihnen notwendig erscheinenden Freiheiten sich zu erwerben. Nur Freiheiten, die ein Volk selbst erwerben hat, tragen die Garantie der Dauer in sich.

Frankreich. Die Opposition im gesetzgebenden Körper macht Fortschritte, und auch im Volk selbst wird die Stimmung fortwährend unzufriedener; besonders das Landvolk, diese feste Stütze des Kaiserthums, singt an die Nachteile zu empfinden, welche der Landwirthschaft dadurch erwachsen, daß ihr durch die Kriege Kapitalien und Arbeitskräfte entzogen worden sind. Es wird dadurch nicht unwahrscheinlich, daß Napoleon in die Forderung der Räumung Mexikos willigen wird.

England. Das Ministerium hat endlich die so lange verheißene Reformbill dem Parlamente vorgelegt. Nach den bis jetzt vorliegenden telegraphischen Mittheilungen sind die Hauptbestimmungen derselben folgende: Der Grafschaftsconsensus wird von 50 auf 14, der Adelsconsensus auf 7 Pfd. Sterling (333 1/3 Lhr., 93 %, resp. 46 2/3 Lhr.) reduziert. Nieher möblirter und unmoblirter Zimmer von 10 Pfd. Sterl. (66 2/3 Lhr.) kirchlichen Mitbewerth erhalten das Stimmrecht, ebenso jeder, der zu zwei Jahre nach einander 50 Pfd. Sterl. (333 1/3 Lhr.) in der Sparkasse hat. Die Regierung erklärt bei der Vorlage, daß sie dies nur als einen Theil weiterer Reformen betrachtet wissen wolle, indem sie hoffe, dadurch eine schnellere Erledigung herbeiführen zu können.

Amerika. Es herrscht im ganzen Lande eine große Aufregung über das Verhalten des Präsidenten, der bekanntlich einem zu Gunsten der freigelassenen Neger erlassenen Gesetz seine Genehmigung verweigert hat. Die Anhänger der unterworfenen Südstaaten sind natürlich jetzt voll Eides für den Mann, welcher ihnen die Strafe für ihre Empörung möglichst leicht machen will, während diejenigen, die Hut und Leben in die Schanze geschlagen haben, um das Loch der Sklaverei zu sprengen, natürlich in feiner Weise mit dem Verhalten des Präsidenten einver-

standen sind. Schließlich muß, da sowohl der Kongress als auch der Präsident nur zeitweise gewählt sind, die Volkstimme die Entscheidung abgeben.

Ein Wort über Betten.

In den fünfziger Jahren wurde im englischen Parlament der Minister Gladstone sehr heftig angegriffen, weil es bekannt geworden war, daß ein Secretär von ihm den Turf besuche. Turf nennen die Engländer eigentlich die Rennbahn, im weiteren Sinne aber versteht man unter Turf einen Ort, an welchem hohe Betten gemacht werden. Der Unwille darüber, daß ein dem Minister so nahe stehender Mann den Turf besuche, war sehr groß bei allen Parteien das Parlament, und es gelang dem allbeliebtesten Minister Lord Palmerston nur mit großer Mühe denselben zu beschwichtigen. Er führte aus, daß der Beschuldigte nichts weiter als Privatsecretär des Herrn Gladstone und noch ein ganz junger Mann wäre und daß es gewiß wenige Engländer gäbe, welche in ihrer Jugend nicht den Turf besucht hätten. Wohl nur durch die letztere sehr wichtig ausgeführte Bemerkung gelang es das Parlament zu bewegen, die Sache fallen zu lassen. In den Zeitungen wurde Herr Gladstone noch lange Jahre hindurch deshalb angegriffen. Dies geschah in England, dem weltstoffigsten Lande der Welt. Was würde dort wohl erfolgt sein, wenn nicht ein Privatsecretär, sondern ein Minister selbst vor versammeltem Parlamente eine Bette ausgetreten hätte?

Auch nur Aehnliches ist in England niemals, wohl aber vor kurzer Zeit im preussischen Abgeordnetenhaute geschehen.

Der Minister des Innern Graf zu Oulenburg erklärte am 16. Februar 1866 in der zehnten Sitzung des Abgeordnetenhauses: „es sei hundert gegen eins zu wetten, daß das Appellgericht zu Köln den Rheinstrom für eine öffentliche Straße erklären und den Stadtrath Classen-Cappellmann wegen der von ihm zu Ehren der eingeladenen Abgeordneten auf dem Rhein veranfaßten Festschiff beurtheilen werde.“

Natürlich fand es kein einziges Mitglied des Abgeordnetenhauses der Würde des Hauses entsprechend, die Bette anzunehmen. Wäre es geschehen, so hätte der Minister des Innern die Bette mit Glanz verloren, denn das Appellgericht zu Köln hat Herrn Stadtrath Classen-Cappellmann freigesprochen, weil es der Ausführung des ersten Richters, daß der Rhein keine öffentliche Straße wäre, lediglich beitrug.

Man wird dieses Ereigniß gewiß nicht als einen Sieg des Ministeriums darzustellen vermögen; aber der Minister des Innern hat sich doch Glück zu wünschen, daß die ihm entgegenstehende große Mehrheit des Abgeordnetenhauses aus lauter so solide bürgerlich gesinntem Männern besteht, die es verschmähen auf solche ritterliche Dinge, wie Betten sind, einzugehen. Es giebt darunter Männer, welche nicht bloß hunderte, sondern tausende von Thalern an die gute Sache bereits gewendet haben und noch zu wenden bereit sind. Gälte auch nur einer dieser Abgeordneten eine Bette über den Ausfall des bevorstehenden Spruches des Kölner Appellhofes für eine gute Sache zu halten vermocht und daher das Angebot des Ministers von hundert gegen eins angenommen, so dürfte kaum ein Jahresgehalt desselben hingereicht haben, die verlorene Bette zu bezahlen.